Die Stadt dokumentiert ihr eigenes Versagen

*Wir dokumentieren: Die Erklärung der Mieter*innengemeinschaft der Wichgrafstraße 11 zum fehlenden Milieuschutz in Babelsberg.*

Besser kann man es eigentlich nicht deutlich machen, wie eine soziale Wohnungspolitik in Potsdam 25 Jahre gescheitert ist.
Die Stadtverwaltung hat das Ergebnis einer rechtlichen Prüfung eines möglichen Vorkaufsrechts der Stadt im Falle der Mieter*innen in der Wichgrafstraße 11 in Babelsberg präsentiert: " Auf den Milieuschutz kann sie sich nicht berufen, weil die Zusammensetzung der Babelsberger Einwohnerschaft nie genauer erforscht worden ist. „, schreibt die MAZ am 18.09.2019.

Und dann der Kernsatz: **" Nur Architektur ist geschützt – nicht die Zusammensetzung der Bevölkerung".**
Besser kann man die Potsdamer Stadtpolitik der letzten Jahre nicht beschreiben.

Jetzt reagiert die Mieter*innengemeinschaft:

„Die Katze beist sich in den Schwanz
Stadt prüft kommunales Vorkaufsrecht für die Wichgrafstraße 11 in Babelsberg und verstrickt sich in Widersprüche

Im März 2019 hat die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister Mike Schubert beauftragt zu prüfen, ob die Stadt bei
dem Verkauf der Immobilie Wichgrafstraße 11 in Babelsberg das Vorkaufsrecht ausüben kann.
In der letzten Sitzung des

Hauptausschusses am 18.09.2019 wurde das Ergebnis der juristischen
Prüfung vorgetragen. In dieser wurde die Ausübung des Vorkaufsrechtes im
Falle der Wichgrafstr. 11 für
„unwahrscheinlich“ befunden. Die Erhaltungssatzung – auf die sich die
Mieterschaft beruft – sei von 1992, sodass angenommen werden müsse, dass
die schützenswerte Bevölkerungszusammensetzung dieser Zeit nicht mehr
besteht!
Gleichzeitig wird argumentiert, dass nicht ermittelt werden könne, ob die Erhaltungssatzung greift, da seit 1992 keine entsprechenden Daten zur Bevölkerungszusammensetzung in Babelsberg
erhoben worden sind.

Die Katze beißt sich in den Schwanz – und zwar zum Leidwesen der Mieterschaft! Einerseits soll die Satzung nicht angewendet werden, weil die schützenswerte Bevölkerung vermeintlich nicht mehr da ist. Dies konnte offenbar ohne aktuelle Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung ermittelt werden. Andererseits sei es ein „Bauchgefühl“ derer, die Angst vor Entmietung und Verdrängung haben, dass in Babelsberg ein Austausch der Bevölkerung stattgefunden hat und immer noch stattfindet und zwar zu Ungunsten von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen.
Die Tatsache, dass die Stadt eigentlich seit 25 Jahren verpflichtet ist, die Zusammensetzung der Bevölkerung regelmäßig zu ermitteln und dieser Verpflichtung nicht nachgekommen ist, wird von der Stadtverwaltung gänzlich außer Acht gelassen – und zwar zum Leidwesen der Mieterschaft und der gesamten Stadtbevölkerung!

Anstatt dieses Versäumnis einzugestehen und nun kurzfristig rechtssichere Lösungen zum Schutz der Mieterschaft zu finden,

lehnen
sich Teile der Stadtverwaltung in mutmaßlicher Rechtssicherheit zurück:
Der Milieuschutz sei lediglich ein „nicht weiter ausgeführter verbaler
Nebenaspekt“ in der Erhaltungssatzung! Gleichzeitig stellt der Bereich
Wohnen der Stadtverwaltung Potsdam seit geraumer Zeit fest, dass es in
Potsdamer Stadtgebieten durch Segregation immer weniger soziale
Durchmischung gibt. „Das ist in Potsdam sehr stark ausgeprägt“, sagte
etwa Gregor Jekel beim Stadtforum Potsdam. In ihrer
Kooperationsvereinbarung haben sich SPD, Grüne und Linke verpflichtet,
die soziale Zusammensetzung unserer Stadt zu sichern und eine breite
gesellschaftliche Durchmischung aller Stadtquartiere zu gewährleisten.
Dazu sollen Sozialerhaltungssatzungen, Milieuschutzsatzungen,
Vorkaufsrechte, Erbbaupacht und Umnutzungsverbote angewendet werden. Die
Umsetzung dieser Ziele geht entweder schleppend oder gar nicht voran
und betrifft auch nur einzelne Stadtgebiete.

Wir fordern, dass der in der Kooperationsvereinbarung formulierte
politische Wille durch konkretes Handeln umgesetzt wird. Es geht jetzt
darum, schnell rechtssichere Instrumente zu finden, um die Bevölkerung
gegen Entmietung, Verdrängung und Ausgrenzung zu schützen! Für unser
Haus stellt sich die Frage, ob die Stadtpolitik die Einschätzung der

Verwaltung mitträgt oder bereit ist, ein Zeichen zu setzen. Für die
ganze Stadt ist schon jetzt klar: Es braucht Lösungen für morgen – schon
heute!

Wir alle – Einzelpersonen, Initiativen, Stadtverordnete – müssen uns
in ganz Potsdam zusammenschließen. Gemeinsam fordern wir diese politischen Ziele ein!

Damit Potsdam eine Stadt für alle bleibt!

Die Mieterinnen und Mieter der Wichgrafstraße 11″